



Ständige Publikumskonferenz
Herrn Jens Köhler
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

Hessischer Rundfunk
Anstalt des öffentlichen Rechts

Postfach
60222 Frankfurt am Main
Bertramstraße 8
60320 Frankfurt am Main
Telefon 069 155-2213
E-Mail: intendanz@hr.de
www.hr.de

Intendanz

7. März 2017

Ihr Schreiben vom 24.01.2017
Ihre Programmbeschwerde ARD „Börse vor Acht“ vom 23.02.2017

Sehr geehrter Herr Köhler,

vielen Dank für Ihr Interesse an unserer Sendung „Börse vor Acht“ im „Ersten“ und Ihre kritische Zuschrift zur Ausgabe vom 23.01.2017. Ich nehme Beschwerden unserer Zuschauer sehr ernst und gehe sachlicher Kritik und konkreten Vorhaltungen sorgfältig nach. Dies erwies sich in diesem Fall als schwierig. In Ihrem Schreiben finden sich nämlich weder konkrete Belege für Ihre massiven Vorwürfe noch Belege für sachliche Fehler. Ganz offenkundig dient Ihnen die konkrete Sendung lediglich als Vorwand für pauschale Verunglimpfungen wie der folgenden: „Diese Wertung entspricht zwar der Herangehensweise von ARD und ZDF, überall Feindbilder zu malen, aber nicht der Realität.“

Frau Kohl hat in der angesprochenen Sendung analysiert, wie sich die wirtschaftspolitischen Ausführungen in der Antrittsrede von US-Präsident Trump und eine seiner ersten Amtshandlungen, nämlich an seinem ersten Arbeitstag per Dekret die Verhandlungen zu TPP auszusetzen, an den Aktien- und Devisenmärkten auswirken. An diesem Tag verloren Aktien an den wichtigsten Börsen in Deutschland und Europa, aber auch in Japan und an der Wall Street an Wert. Für diese Entwicklung sah Frau Kohl vor allem folgende Ursache: „Unter Anlegern macht sich angesichts der Geschwindigkeit, mit der der neue Präsident die Globalisierung rückgängig machen will, Verunsicherung breit. Die Sorge wächst, dass Trump mehr neue Probleme schafft, als er alte löst. Anleger ziehen sich aus Aktien zurück.“

Der Stopp von TPP, die Äußerungen zur nordamerikanischen Freihandelszone Nafta und die Drohung von Strafzöllen auch gegen China zeigen nach Ansicht von Frau Kohl klar, welches wirtschaftspolitische Ziel der US-Präsident verfolgt, nämlich die Abschottung des US-Marktes gegen die Konkurrenz von außen. Aus dieser sachlichen Argumentationskette heraus kommt Frau Kohl zu dem von Ihnen kritisierten Schluss: „Die heutige Kündigung des Handelsabkommens ist indirekt auch eine Kampfansage an China.“

Sie müssen die Analyse von Frau Kohl nicht teilen. Aber sie erläutert nachvollziehbar und überprüfbar die Entwicklungen an den Börsen und ordnet sie in den Kontext der wirtschaftspolitischen Ankündigungen und Handlungen des amerikanischen Präsidenten ein. Guter journalistischer Praxis entsprechend verzichtet Frau Kohl auf jede Mutmaßung, wie die politische Führung Chinas die Politik Trumps sehen könnte. Ihnen steht es selbstverständlich frei, solche Spekulationen anzustellen. Ich zitiere aus Ihrem Schreiben: „Insofern dürfte die Entscheidung von Herrn Trump in China mit Erleichterung aufgenommen worden sein, und dürfte keinesfalls als Kampfansage empfunden werden, auch wenn Herr Trump sicherlich in Zukunft versuchen wird, den Handel mit China zu begrenzen.“ Mir steht es nicht zu, Ihre spekulative Kompetenz zu beurteilen. Aber Frau Kohl hat ihre Analyse zu Recht nicht auf solche subjektiven Vermutungen aufgebaut.

Ebenso sachlich und klar analysiert Frau Kohl die Entwicklung des Dollarkurses. In der Unsicherheit über die künftige Währungspolitik, geschürt durch sich widersprechende Aussagen des US-Präsidenten und seines künftigen Finanzministers, sieht sie den Auslöser für die starken Kursschwankungen des Dollar. Mit der ihr eigenen Gabe, schwierigste Sachverhalte auf den wesentlichen Kern zu reduzieren, bringt es Frau Kohl kurz und knapp auf den Punkt: „Heute hü, morgen hott und das in punkto Währung. Das kennen Anleger nicht. Bisher galt als ungeschriebenes Gesetz, dass sich US-Präsidenten und Finanzminister nicht zum Wert des Dollars äußern. Es könnte für zu viel Unruhe an den Devisenmärkten sorgen. Das hat es.“

Im Übrigen hat Frau Kohl in der Sendung hervorgehoben, dass der US-Präsident am ersten Arbeitstag nicht nur Maßnahmen zur Abschottung dekretiert, sondern auch angekündigt hat, Steuern zu senken, staatliche Regulierungsvorschriften zu lockern, Baugenehmigungen schneller zu erteilen und die Konjunktur anzukurbeln.

Auch dies belegt, dass Frau Kohl sich nicht nur Mühe gibt, die Realität journalistisch unabhängig bzw. frei von ideologischen Vorbehalten darzustellen, sondern dass Sie sie tatsächlich macht.

In Ihrem Schreiben finde ich nicht einen einzigen sachlichen Beleg für Ihre Beschwerde. Ich komme also zu dem Ergebnis, dass Ihre Beschwerde völlig unbegründet ist. Ihre pauschalen Vorwürfe weise ich entschieden zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Berthold Tritschler
- sty. Intendant -